

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten, Franziska Kugler und Katharina Werner\*

# Was die Deutschen über Bildungsungleichheit denken

## Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2019

Da gute Bildung die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe eröffnet, ist Chancengleichheit im Bildungssystem ein zentraler Ansatzpunkt, um soziale Ungleichheiten zu verringern. Das ifo Bildungsbarometer 2019, unsere jährliche repräsentative Meinungsumfrage von über 4 000 Erwachsenen, hat die Meinung der Deutschen zu diesem Themenfeld erhoben. Die Deutschen schätzen das Ausmaß der bestehenden Bildungsungleichheiten durchaus richtig ein: Die Mehrheit vermutet keine großen Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern oder zwischen Stadt und Land, wohl aber nach den sozialen Verhältnissen und dem Migrationshintergrund. Dementsprechend werden vor allem ungleiche Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen bzw. mit und ohne Migrationshintergrund als Problem angesehen. Zahlreiche bildungspolitische Maßnahmen, die auf eine Verringerung von Ungleichheit abzielen, finden hohe Zustimmung, allen voran die staatliche Übernahme von Kindergartengebühren (78%), höhere staatliche Ausgaben für Schulen mit SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen (81%) und zusätzliche Stipendienprogramme für einkommensschwache Studierende (83%). Trotz einer großen Bereitschaft, benachteiligte Gruppen zu fördern, spricht sich die Mehrheit der Deutschen dafür aus, zusätzliche Mittel gleichmäßig zu verteilen, statt sie auf benachteiligte Gruppen zu fokussieren. Das »Gute-Kita-Gesetz« findet sehr hohe Zustimmung, wobei die zusätzlichen Mittel am ehesten für geringere Gebühren, höhere Gehälter der ErzieherInnen und kleinere Gruppen eingesetzt werden sollten. Während sich keine klaren Mehrheiten für oder gegen reguläre Studiengebühren ergeben, befürworten zwei Drittel der Deutschen nachgelagerte Studiengebühren.

Das Thema soziale Ungleichheit dominiert regelmäßig die öffentliche Debatte. So befürchten viele, dass soziale Ungleichheiten zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft führen und damit auch populistischen Bewegungen Tür und Tor öffnen könnten. Auch international steht das Thema oben auf der Agenda: Die französische Regierung hat den Schwerpunkt ihres diesjährigen G-7-Vorsitzes auf das Thema Ungleichheit gelegt.

Die Bekämpfung von Ungleichheiten im Bildungssystem ist ein zentraler Ansatzpunkt, um soziale Disparitäten zu verringern. Denn bessere Bildung geht in der Regel auch mit höheren Einkommen und stärkerer gesellschaftlicher Teilhabe einher. Um die Meinung der Deutschen zu diesen Themen zu erfassen,

\* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Sonderforschungsbereich Transregio 190) für finanzielle Unterstützung, dem Wissenschaftlichen Beirat des ifo Bildungsbarometers – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Dorothea Kübler, Nele McElvany, Natalja Menold, Beatrice Rammstedt und Guido Schwerdt – und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Anna Rysina und Sabine Wolfert von Kantar Public für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

haben wir im diesjährigen ifo Bildungsbarometer einen Schwerpunkt auf Fragen der Ungleichheit von Bildungschancen gelegt.

### DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2019

Das ifo Bildungsbarometer ist eine jährliche, repräsentative Meinungsumfrage unter der deutschen erwachsenen Bevölkerung. Es geht der Frage nach, was die Deutschen über bildungspolitische Themen denken.<sup>1</sup> Für die diesjährige Befragung wurden im Mai 2019 mehr als 4 000 Personen befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren (siehe Kasten 1 für methodische Details). Das ifo Bildungsbarometer ist Teil einer Forschungsagenda zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, die der Frage nachgeht, inwieweit das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der bisherigen ifo Bildungsbarometer sind in Wößmann et al. (2014; 2015; 2016a; 2016b; 2017; 2018a; 2018b) sowie unter [www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer](http://www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer) dokumentiert.

## Kasten 1 Methodik der Befragung

Die Befragung für das sechste ifo Bildungsbarometer wurde vom 6. bis 24. Mai 2019 durch Kantar Public Deutschland unter insgesamt 4 009 Personen durchgeführt. Die Stichprobenziehung erfolgte mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel (vgl. Grewenig et al. 2018 zur Repräsentativität von Online-Befragungen). Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Erwerbsstatus.

Bei einigen Fragen wurden die Befragten per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt. Diese Teilgruppen erhielten die Fragen jeweils in einer anderen Version, z.B. mit und ohne Informationsbereitstellung. Durch diese methodische Besonderheit lassen sich die Effekte von Informationen auf das Antwortverhalten messen.

Anhand statistischer Wahrscheinlichkeiten lässt sich angeben, wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise hoch ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die der Gesamtstichprobe von über 4 000 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das bedeutet, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2 bis 3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von rund 1 000 Befragten beantwortet werden.

Die vorliegende Auswertung berücksichtigt jene Personen nicht, die zu einer Frage keine Angabe gemacht haben. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei den Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr gering und liegt bei keiner Frage über 1%. Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, werden die Antwortkategorien bei Zustimmungsfragen in den Abbildungen in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte genannt, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

zu einer Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln im Bildungsbereich führt.

Um zu ermitteln, wie sich die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik bildet, weist das ifo Bildungsbarometer an einigen Stellen die methodische Besonderheit sogenannter »Survey-Experimente« auf. Im Rahmen solcher Experimente stellen wir jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung, bevor sie dieselbe Frage beantwortet wie die andere Teilgruppe der Befragten, die diese Informationen nicht erhalten hat. Durch die zufällige Aufteilung lässt sich feststellen, inwiefern sich die angegebene Meinung durch die Bereitstellung der Informationen verändert. Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sind diese Experimente auch von politischem Interesse: Sie können den relevanten politischen Akteuren veranschaulichen, welche Informationen die öffentliche Akzeptanz von Bildungsreformen erhöhen könnten und damit Chancen zur Umsetzung förderlicher Maßnahmen aufzeigen.

In diesem Jahr legt das ifo Bildungsbarometer einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Ungleichheiten im Bildungssystem in Deutschland. Dazu beschäftigt sich eine Reihe von Fragen mit der

Einschätzung der Deutschen zu Ungleichheiten zwischen verschiedenen an der Bildung beteiligten Teilgruppen, wie z.B. Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen oder Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, sowie mit bildungspolitischen Maßnahmen zur Verringerung bestehender Ungleichheiten. Über diese Ergebnisse wird im Folgenden berichtet.

Das ifo Bildungsbarometer zeichnet sich durch ein positives Erkenntnisinteresse aus: Es geht darum aufzuzeigen, welche Meinungen die Deutschen haben und in welchen Bereichen und unter welchen Umständen sich politische Mehrheiten für oder gegen Bildungsreformen finden. Die Ergebnisse zeigen somit Bereiche auf, in denen politische Reformen auf öffentliche Akzeptanz treffen und somit leichter umsetzbar sein dürften. Normative Fragen, wie Bildungspolitik aus wissenschaftlicher Sicht bestmöglich gestaltet werden sollte, um Bildungsergebnisse zu verbessern, werden an dieser Stelle hingegen bewusst nicht behandelt.

## UNGLEICHHEIT IM BILDUNGSSYSTEM

Gute Bildung ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für den nationalen Wohlstand eines Landes und

ermöglicht jedem Einzelnen wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe (vgl. Hanushek und Wößmann 2008). So schlägt sich in Deutschland jedes zusätzliche Bildungsjahr in einem etwa 10% höheren Arbeitsmarkteinkommen nieder (vgl. Wößmann et al. 2017). Während die Arbeitslosenquote unter AkademikerInnen und Personen mit berufsqualifizierender Ausbildung lediglich 2% bzw. 4% beträgt, sind unter den Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss trotz boomenden Arbeitsmarktes 18% arbeitslos (vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2018). Bildungsungleichheiten können sich daher direkt auf die Einkommens- und Vermögensungleichheit übertragen, besonders wenn die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften aufgrund von Automatisierung, Computerisierung und Digitalisierung weiter ansteigt.<sup>2</sup>

Um jedem Bürger und jeder Bürgerin wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und der Entstehung bzw. Vergrößerung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten entgegenzuwirken, wird die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungsbereich als zentrales Politikziel angesehen (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2007; 2017, Kapitel 9). Im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019) erst kürzlich die Rolle der Bildungsgerechtigkeit als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben: Als Instrument zur Herstellung gleicher Startchancen sollte Bildungspolitik alle Menschen zu eigenverantwortlicher Teilhabe am Markt und an der Gesellschaft befähigen.

Dennoch wird Deutschland immer wieder für seine großen Bildungsungleichheiten vor allem zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen kritisiert (vgl. z.B. OECD 2018). So hinken die Mathematikleistungen von 15-jährigen SchülerInnen aus sozial schwachen Familien durchschnittlich etwa vier Schuljahre hinter den Leistungen von SchülerInnen aus sozial besser gestellten Familien hinterher (vgl. Lergetporer et al. 2018). Kinder aus Familien mit hoher beruflicher Stellung erhalten im Schnitt 2,5-mal so oft eine Gymnasialempfehlung wie Kinder aus Arbeiterfamilien (vgl. Wendt 2016), und die Studierendenquote ist unter Akademikerkindern fast dreimal so hoch wie unter Nicht-Akademikerkindern (79% vs. 27%; vgl. Kracke et al. 2018).

Aus bildungspolitischer Perspektive sind jedoch nicht

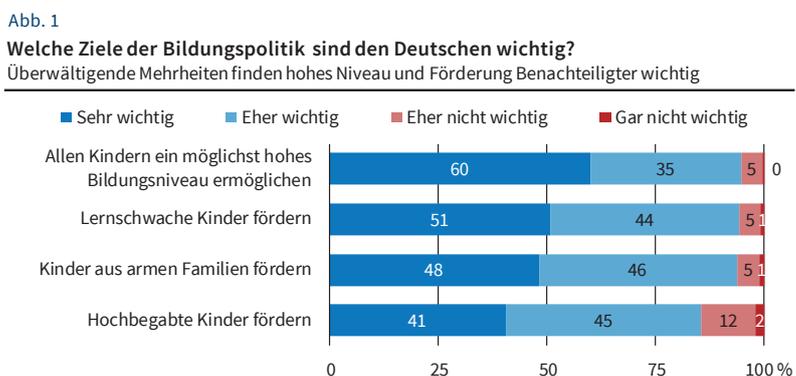
nur Ungleichheiten nach sozialem Hintergrund interessant. Da sich viele geschlechterspezifische Unterschiede bereits im Kindes- und Jugendalter herausbilden und verfestigen können, kommt dem Bildungssystem auch im Hinblick auf Chancengleichheit zwischen Mädchen und Jungen eine besondere Bedeutung zu (vgl. Wößmann et al. 2018a).

Ebenso kann Bildungspolitik etwaige Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund frühzeitig abfedern. Ein Indikator für den integrationspolitischen Handlungsbedarf im Bildungssystem ist etwa die Tatsache, dass der Anteil von SchulabgängerInnen, die keinen Schulabschluss erworben haben, unter SchülerInnen ohne ausländische Staatsangehörigkeit 5,8% beträgt, unter jenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit jedoch 12,9% (vgl. Berkemeyer et al. 2017).

Auch räumliche Strukturen können eine wichtige Rolle für die Entwicklung von Bildungssystemen – und damit die Bereitstellung von Bildungschancen – spielen. Diese können etwa unterschiedliche Bildungsleistungen zwischen Kindern aus ländlichen und städtischen Regionen begünstigen (vgl. Aktionsrat Bildung 2019).

Das diesjährige ifo Bildungsbarometer befasst sich daher mit Bildungsungleichheiten in vier wichtigen Dimensionen: Bildungsunterschiede zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen, Mädchen und Jungen, Kindern mit und ohne Migrationshintergrund sowie Kindern aus ländlichen und städtischen Regionen. Dabei geht es insbesondere den Fragen nach, wie die Deutschen die Bildungsungleichheit in den verschiedenen Dimensionen einschätzen, ob sie diese als Problem wahrnehmen und welche Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit sie befürworten.

Neben der Herstellung von Chancengleichheit hat die Bildungspolitik natürlich auch andere Ziele, allen voran das Erreichen eines möglichst hohen Bildungsniveaus. Danach gefragt, wie wichtig ihnen unterschiedliche Ziele der Bildungspolitik sind, geben fast alle Befragten (95%) an, dass es ihnen (sehr oder eher) wichtig ist, ein möglichst hohes Bildungsniveau für alle Kinder zu ermöglichen (vgl. Abb. 1). 60%



Frage: Wie wichtig sind Ihnen folgende Ziele der Bildungspolitik?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019. © ifo Institut

<sup>2</sup> In der wissenschaftlichen Debatte gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, ob die gesellschaftliche Ungleichheit in den vergangenen Jahren in Deutschland zugenommen hat oder nicht (vgl. etwa Fratzscher 2016 und Fuest 2016).

der Deutschen ist dieses Ziel sogar sehr wichtig. Ungleichheitsaspekte spielen für die Deutschen aber eine nahezu genauso zentrale Rolle: Jeweils 94% ist es wichtig, lernschwache Kinder bzw. Kinder aus armen Familien zu fördern. 51% bzw. 48% sind diese beiden Ziele sehr wichtig. Mit 86% fällt der Anteil, dem eine Förderung hochbegabter Kinder wichtig ist, nur wenig niedriger aus. Sowohl ein hohes Leistungsniveau als auch Aspekte der Chancengleichheit spielen also als Politikziele nach Meinung der Deutschen eine zentrale Rolle.

**WIE GROSS SCHÄTZEN DIE DEUTSCHEN DAS AUSMASS DER BILDUNGUNGLEICHHEIT EIN?**

In der politischen und öffentlichen Debatte in Deutschland werden Unterschiede in den Bildungsleistungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen teils kontrovers diskutiert. Um die wahrgenommene Bildungsungleichheit in Deutschland zu erfassen, hat das ifo Bildungsbarometer zunächst Einschätzungen zu den Mathematikleistungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen – definiert nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Migrationshintergrund und geographischer Herkunft – in der 4. Klasse der Grundschule erfragt.

52% der Deutschen schätzen, dass Mädchen und Jungen in vergleichenden Mathematiktests gleich gut abschneiden (vgl. Abb. 2). Lediglich 4% denken, dass Mädchen viel besser abschneiden, weitere 25% denken, dass Mädchen eher besser abschneiden. Im Gegensatz dazu glauben 16% (3%), dass Jungen etwas besser (viel besser) sind. Tatsächlich zeigen Ergebnisse der aktuellsten TIMSS-Studie (TIMSS = Trends in International Mathematics and Science Study), dass Mädchen und Jungen in der 4. Klasse in Mathematik nahezu gleichauf liegen; mit 3 Leistungspunkten haben die Jungen einen sehr geringen Vorsprung. Insofern hat die Mehrheit der Deutschen eine durchaus korrekte Vorstellung von

der zwischen Mädchen und Jungen bestehenden Bildungsungleichheit.

In vielen Fällen werden die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen mit zunehmendem Alter ausgeprägter. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den erwarteten Leistungsunterschieden wider: 27% der Befragten schätzen, dass beim PISA-Test, der mit Jugendlichen im Alter von 15 Jahren durchgeführt wird, Jungen in Mathematik etwas oder viel besser abschneiden als Mädchen. Dennoch gehen auch hier 50% davon aus, dass es keinen Geschlechterunterschied gibt. Im Lesen glauben hingegen nur 37%, dass Jungen und Mädchen gleich gute Testleistungen erbringen, während die Mehrheit schätzt, dass Mädchen etwas besser (47%) oder viel besser (13%) abschneiden.

In der Debatte um Bildungsungleichheit sind neben Geschlechterunterschieden auch Leistungsunterschiede zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen ein zentrales Thema. In Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund der Kinder schätzen nur 38% der Befragten, dass Kinder aus schlechteren sozialen Verhältnissen genauso gute Mathematikleistungen erbringen wie Kinder aus besseren sozialen Verhältnissen (vgl. Abb. 2). Die Mehrheit von 55% denkt hingegen, dass SchülerInnen aus besseren sozialen Verhältnissen besser abschneiden, 15% denken sogar, dass sie viel besser abschneiden. In den TIMSS-Ergebnissen zeigt sich, dass Kinder aus besseren sozialen Verhältnissen tatsächlich 34 Punkte mehr erzielen und damit deutlich besser abschneiden als Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen.<sup>3</sup>

Ähnliche Leistungsunterschiede erwarten die Deutschen zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund: Während nur eine Minderheit von 36% denkt, dass Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gleich gute Mathematikleistungen zeigen, denkt die Mehrheit, dass Kinder ohne Migrationshintergrund etwas besser (37%) oder viel besser (20%) abschneiden. Diese

Einschätzung ist konsistent mit den Ergebnissen der TIMSS-Studie, die Kindern mit Migrationshintergrund einen deutlichen Leistungsrückstand von 29 Punkten attestiert.

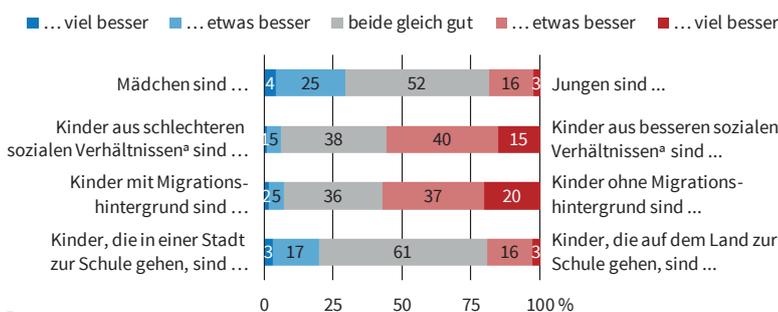
Die vierte Dimension bezieht sich auf Leistungsun-

<sup>3</sup> Der Wert bezieht sich auf einen Vergleich der oberen und unteren Hälfte der Kinder in der Verteilung der sozialen Verhältnisse. Dabei messen wir die sozialen Verhältnisse der SchülerInnen anhand eines Indexwertes, der sich aus dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und dem Vorhandensein verschiedener Güter im Haushalt der SchülerInnen (z.B. eigenes Zimmer, Internet, eigener Schreibtisch) zusammensetzt.

Abb. 2

**Für wie groß halten die Deutschen Ungleichheiten im Bildungssystem?**

Mehrheit vermutet große Unterschiede nach Familien- und Migrationshintergrund, aber nicht nach Geschlecht oder zwischen Stadt und Land



**Frage:**

Ein Test untersucht regelmäßig die Mathematikleistungen von Schülerinnen und Schülern in der 4. Klasse der Grundschule in Deutschland (TIMSS = Trends in International Mathematics and Science Study). Was schätzen Sie, wie schneiden die folgenden Gruppen von Kindern im Vergleich bei dem Test jeweils ab?

<sup>a</sup> Niedrigste/höchste 50 Prozent der Bevölkerung.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

terschiede zwischen SchülerInnen, die in ländlichen bzw. urbanen Regionen zur Schule gehen. Entlang dieser Dimension erwartet die deutsche Bevölkerung kaum Unterschiede: Fast zwei Drittel (61%) der Befragten schätzen, dass Kinder auf dem Land genauso gut abschneiden wie Kinder in der Stadt. Dass Kinder auf dem Land besser in Mathematik abschneiden, denken insgesamt 19% der Befragten, wohingegen 20% davon ausgehen, dass jene in der Stadt besser sind. Entgegen zuweilen geäußelter Befürchtungen über zunehmende Leistungsunterschiede zulasten des ländlichen Raumes zeigen die Ergebnisse der TIMSS-Studie, dass Kinder auf dem Land im Durchschnitt tatsächlich 15 Punkte besser abschneiden als Kinder in der Stadt.

Insgesamt zeigen diese Zahlen, dass die von der deutschen Bevölkerung wahrgenommene Bildungsungleichheit mit der tatsächlichen Bildungsungleichheit in weiten Teilen übereinstimmt: Wie von der Bevölkerung eingeschätzt, finden sich in der aktuellsten TIMSS-Studie große Leistungsunterschiede zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Auch die Einschätzung, dass Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen im Grundschulalter gering sind, bis ins Jugendalter aber ansteigen, stimmt mit den Ergebnissen internationaler Schülerleistungstests überein. Lediglich das schlechtere Abschneiden von SchülerInnen in städtischen Schulen scheinen die Befragten im Durchschnitt eher zu unterschätzen.

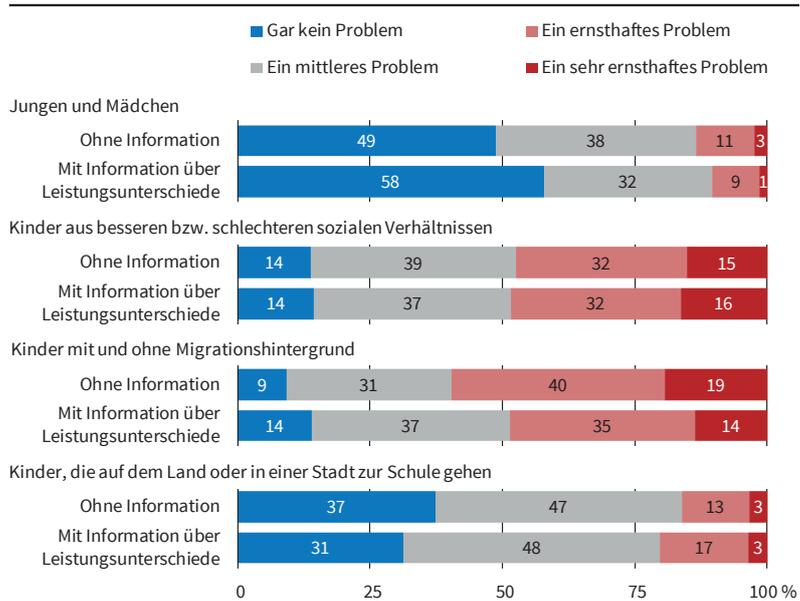
### HALTEN DIE DEUTSCHEN BILDUNGUNGLEICHHEIT FÜR EIN PROBLEM?

Die bisher diskutierten Ergebnisse zielen darauf, die Einschätzung der deutschen Öffentlichkeit zur Ungleichheit im deutschen Bildungssystem abzubilden. Aus diesen Einschätzungen lässt sich jedoch nicht ableiten, ob die Deutschen bildungspolitischen Handlungsbedarf zur Verringerung der Bildungsungleichheit sehen. Als nächstes untersuchen wir daher die weiterführende Frage, ob die Deutschen Bildungsungleichheit als Problem ansehen.

Abb. 3

#### Halten die Deutschen Ungleichheit im Bildungssystem für ein Problem?

Große Teile sehen Ungleichheit nach Familien- und Migrationshintergrund als ernsthaftes Problem.



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information** Was meinen Sie, sind ungleiche Chancen für Kinder aus den folgenden Gruppen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?

**Mit Information über Leistungsunterschiede** Ein Test untersucht regelmäßig die Mathematikleistungen von Schülerinnen und Schülern in der 4. Klasse der Grundschule in Deutschland. Die Tabelle unten beschreibt, wie die verschiedenen Gruppen von Kindern im Vergleich abschneiden. Was meinen Sie, sind ungleiche Chancen für Kinder aus den folgenden Gruppen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?

- Jungen sind um 3 Punkte besser.
- Jene aus besseren Verhältnissen sind um 34 Punkte besser.
- Jene ohne Migrationshintergrund sind um 29 Punkte besser.
- Jene auf dem Land sind um 15 Punkte besser.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Die TeilnehmerInnen des ifo Bildungsbarometers wurden gefragt, ob ihrer Meinung nach ungleiche Chancen für Kinder aus verschiedenen Gruppen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem sind. Interessanterweise zeigt sich, dass nur die Ungleichheit zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund von der Mehrheit der Befragten (60%) für ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem gehalten wird (vgl. Abb. 3). Weniger als jeder zehnte Befragte (9%) ist der Meinung, dass dies gar kein Problem ist.

Um herauszufinden, ob Informationsbereitstellung über die tatsächliche Bildungsungleichheit Auswirkungen auf das Antwortverhalten hat, wurde eine zufällig ausgewählte Teilgruppe der Befragten darüber informiert, dass der Unterschied in den Mathematikleistungen zwischen Viertklässlern mit und ohne Migrationshintergrund 29 TIMSS-Punkte beträgt (im Vergleich zu 34 Punkten bei Kindern aus guten/schwierigen sozialen Verhältnissen, 3 Punkten bei Jungen/Mädchen und 15 Punkten bei Kindern, die auf dem Land/in einer Stadt zur Schule gehen). Diese Information verringert den Anteil jener, die Bildungsungleichheit zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund als Problem ansehen, auf 49% und erhöht den Anteil, die sie als gar kein Problem ansehen, auf 14%.

Für ungleiche Chancen von Jungen und Mädchen ergibt sich das gegenteilige Bild: Fast die Hälfte der Befragten (49%) hält dies für gar kein Problem, während 11% diese Geschlechterunterschiede für ein ernsthaftes Problem halten und 3% für ein sehr ernsthaftes Problem. Werden die Befragten darüber informiert, dass die gemessenen Testleistungen von Jungen im Grundschulalter 3 Punkte höher sind als die von Mädchen, erhöht sich der Anteil derer, die gar kein Problem sehen, sogar auf 58%.

Ähnliches zeigt sich für ungleiche Bildungschancen von Kindern, die auf dem Land bzw. in der Stadt zur Schule gehen. Hier sind 37% der Meinung, dass Chancengleichheit zwischen diesen Gruppen gar kein Problem ist. 16% denken hingegen, sie sei ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem. In jener Teilgruppe, die darüber informiert wurde, dass Grundschulkindern auf dem Land 15 TIMSS-Punkte besser abschnitten als Kinder in der Stadt, fällt der Anteil derer, die gar kein Problem sehen, leicht auf 31%. Dennoch bewerten auch mit dieser Information nur 20% die Chancengleichheit zwischen Stadt und Land als (sehr) ernsthaftes Problem.

Kritischer sehen die Deutschen die Chancengleichheit zwischen Kindern aus schwierigen und guten sozialen Verhältnissen: Für nur 14% der Befragten stellt diese Dimension von Bildungsungleichheit gar kein Problem dar, 32% (15%) halten sie hingegen für ein ernsthaftes (sehr ernsthaftes) Problem. Die Information, dass Kinder aus besseren sozialen Verhältnissen im Durchschnitt im Mathematiktest 34 Punkte mehr erreichen als Kinder aus schlechteren sozialen Verhältnissen, ändert diese Einschätzung nicht.<sup>4</sup>

**EINSCHÄTZUNG  
VERSCHIEDENER  
REFORMVORSCHLÄGE**

Als nächstes gehen wir der Frage nach, welche konkreten Maßnahmen, die Bildungsungleichheiten möglicherweise abbauen könnten, in Deutschland mehrheitsfähig sind. Zu diesem Zweck ermittelt das ifo Bildungsbarometer neben dem generellen Problembe-

<sup>4</sup> In Vorjahren hat sich gezeigt, dass Informationen über die Bildungsungleichheit von Jugendlichen aus dem obersten und untersten Dezil der Verteilung der sozialen Verhältnisse das Problemempfinden von Chancengleichheit erhöht (vgl. Lergetporer et al. 2018). Insofern scheint das konkrete Maß der Bildungsungleichheit einen Einfluss darauf zu haben, inwieweit Informationsbereitstellung das Problemempfinden beeinflusst.

wusstsein auch die Zustimmung zu konkreten bildungspolitischen Maßnahmen.

**Welche bildungspolitischen Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit befürworten die Deutschen?**

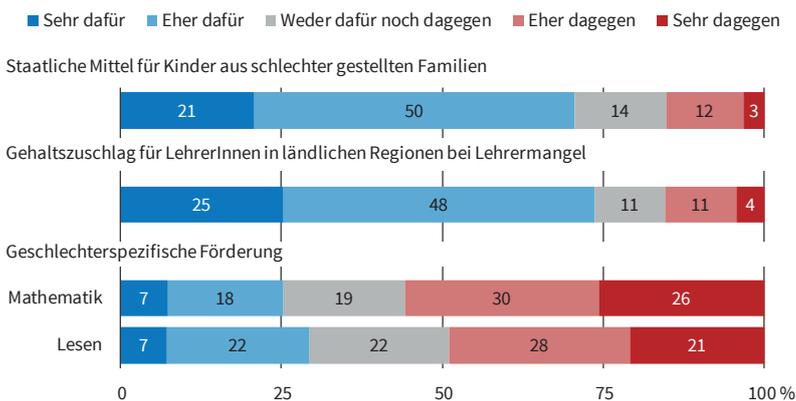
Die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, verschiedene Teilgruppen der Gesellschaft gezielt zu fördern, fällt differenziert aus. Einerseits ist die große Mehrheit von 71% (sehr oder eher) dafür, zusätzliche staatliche Mittel für Kinder aus schlechter gestellten Familien auszugeben, um deren Chancengleichheit zu erhöhen (vgl. Abb. 4). Nur 15% sprechen sich (sehr oder eher) dagegen aus; die verbleibenden 14% geben an, dass sie weder dafür noch dagegen sind. Ebenfalls befürworten 74% der Deutschen die Einführung von Gehaltszuschlägen für LehrerInnen in ländlichen Regionen, in denen sich Schulen einem deutlichen Lehrermangel gegenübersehen. Andererseits sind nur 25% für geschlechterspezifische Förderung, um die Mathematikleistungen von Mädchen und Jungen anzugleichen, 56% sind gegen diesen Vorschlag. Für geschlechterspezifische Förderung zur Angleichung der Leseleistungen sprechen sich ebenfalls nur 29% der Befragten aus, 49% sind dagegen.

Darüber hinaus haben wir die TeilnehmerInnen über ihre Meinung zu verschiedenen konkreten Reformvorschlägen befragt, die im Zusammenhang mit der Verbesserung von Chancengleichheit im Bildungssystem diskutiert werden. Dabei zeigen sich hohe Zustimmungswerte für sieben von acht vor-

Abb. 4

**Befürworten die Deutschen gezielte Fördermaßnahmen?**

Mehrheit für Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien und Gehaltszuschlag auf dem Land bei Lehrermangel, aber nicht für geschlechterspezifische Förderung



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Staatliche Mittel für Kinder aus schlechter gestellten Familien** Sind Sie dafür oder dagegen, mehr staatliche Mittel für Kinder aus schlechter gestellten Familien auszugeben, um die Chancengleichheit zu erhöhen? Bitte denken Sie daran, dass die zusätzlichen Mittel oft durch Steuern finanziert werden müssen.

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Gehaltszuschlag für LehrerInnen in ländlichen Regionen bei Lehrermangel** In einigen ländlichen Regionen sehen sich Schulen einem deutlichen Lehrermangel gegenüber. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Gehaltszuschlag für LehrerInnen in ländlichen Regionen einzuführen, um den Lehrermangel zu verringern?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Geschlechterspezifische Förderung - Mathematik [Lesen]** Sind Sie dafür oder dagegen, geschlechterspezifische Förderung einzuführen, um Unterschiede in den Mathematikleistungen [Leseleistungen] zwischen Mädchen und Jungen auszugleichen?

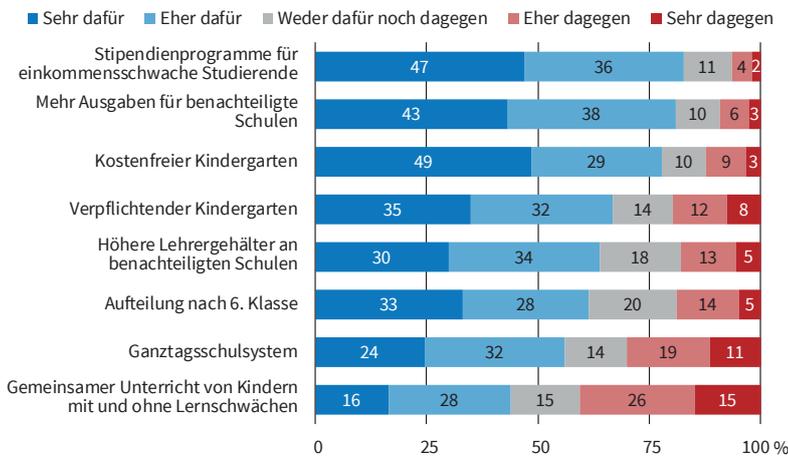
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Abb. 5

**Welche Reformvorschläge befürworten die Deutschen?**

Viele Reformen, die Ungleichheit verringern könnten, finden große Zustimmung



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

Sind Sie für oder gegen die folgenden Reformvorschläge für das deutsche Bildungssystem?

- Kostenfreier Kindergarten** Staatliche Übernahme der Kindergartengebühren für alle Kinder ab dem Alter von 4 Jahren
- Mehr Ausgaben für benachteiligte Schulen** Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen
- Aufteilung nach 6. Klasse** Aufteilung der SchülerInnen auf das Gymnasium und andere weiterführende Schularten erst nach der 6. Klasse
- Stipendienprogramme für einkommensschwache Studierende** Ausbau von Stipendienprogrammen, die einkommensschwache Studierende an Universitäten oder Hochschulen unterstützen

**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

Sind Sie für oder gegen die folgenden Reformvorschläge für das deutsche Bildungssystem?

- Verpflichtender Kindergarten** Einführung einer Pflicht, dass alle Kinder ab dem Alter von 4 Jahren in den Kindergarten gehen
- Höhere Lehrergehälter an benachteiligten Schulen** Erhöhung der Gehälter von LehrerInnen, wenn sie an Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten
- Ganztagschulsystem** Wechsel zu einem Ganztagschulsystem, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind
- Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Lernschwächen** Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Lernschwächen in Regelschulen

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

geschlagenen Politikmaßnahmen (vgl. Abb. 5). Von den ausgewählten Reformvorschlägen ist der Ausbau von Stipendienprogrammen, die einkommensschwache Studierende an Universitäten oder Hochschulen unterstützen, am beliebtesten: 83% der Befragten sind sehr oder eher dafür. Die zweithöchste Zustimmung (81%) erhält der Vorschlag, staatliche Ausgaben für Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen zu erhöhen.

Die staatliche Übernahme der Kindergartengebühren für alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren befürworten 78% der Deutschen. Für die Einführung einer Pflicht, dass alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren in den Kindergarten gehen, sprechen sich 67% aus. 64% der Befragten sind für eine Erhöhung der Gehälter von LehrerInnen, wenn sie an Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten.

Darüber hinaus zeigen die Deutschen Bereitschaft für grundlegende Strukturreformen der Schullandschaft. 61% sprechen sich dafür aus, SchülerInnen erst nach der 6. Klasse auf Gymnasium und andere Schularten aufzuteilen. Eine Mehrheit (56%) findet sich ebenfalls für den Wechsel zu einem Ganztagschulsystem, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind. Einzig beim gemeinsamen Unterricht von

Kindern mit und ohne Lernschwäche in Regelschulen ist das Meinungsbild gespalten: 44% unterstützen diese Form der Inklusion, während sich 41% dagegen aussprechen. Insgesamt zeigt das ifo Bildungsbarometer eine hohe Zustimmung zu Bildungsreformen, die die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem positiv beeinflussen könnten.

**Für wie effektiv halten die Deutschen die verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen?**

Es kann verschiedene Gründe dafür geben, dass die Befragten einer Politikmaßnahme zustimmen oder nicht. Insbesondere ist denkbar, dass sie die jeweilige Maßnahme für effektiv halten, entweder das Ziel der Förderung benachteiligter SchülerInnen oder das Ziel des Erreichens eines hohen Bildungsniveaus besser zu erreichen. Darum haben wir die TeilnehmerInnen befragt, für wie geeignet sie die jeweiligen Reformvorschläge halten, einerseits die Chancengleichheit und andererseits das Leistungsniveau im deutschen Bildungssystem zu erhöhen.

Erstaunlicherweise zeigen sich kaum Unterschiede in der Einschätzung, inwieweit eine jeweilige Maßnahme die Chancengleichheit oder das Leistungsniveau erhöht (vgl. Abb. 6). Darüber hinaus findet sich eine große Übereinstimmung zwischen der Zustimmung zu einer Maßnahme und der Einschätzung, inwieweit diese Maßnahme dazu geeignet ist, Chancengleichheit und Leistungsniveau zu erhöhen.

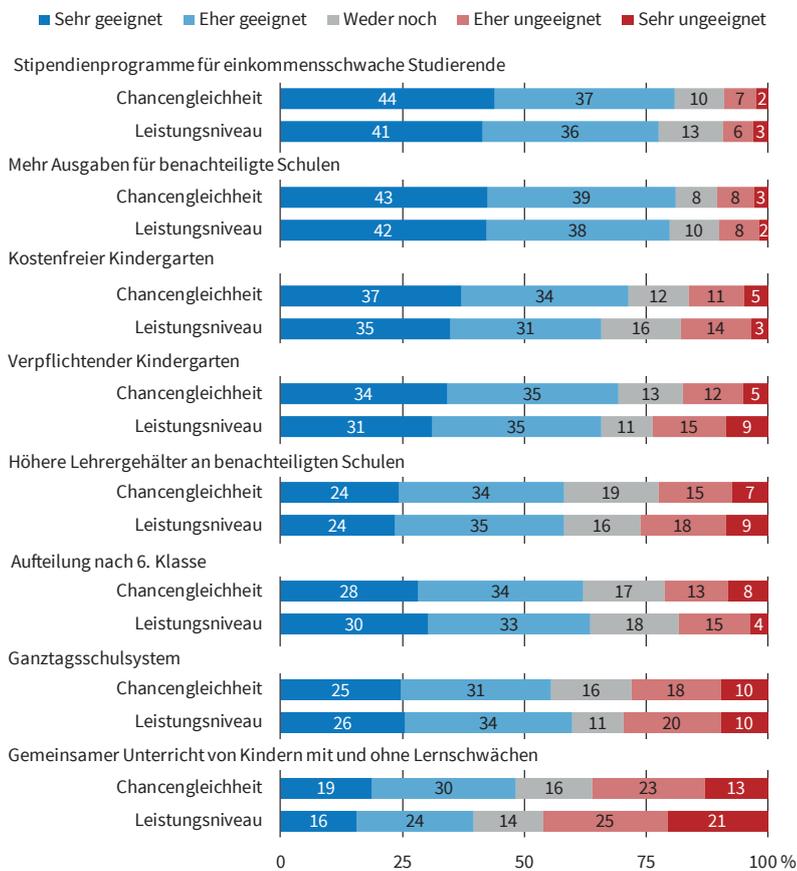
So liegt der Anteil derer, die Stipendienprogramme für einkommensschwache Studierende bzw. zusätzliche Ausgaben für benachteiligte Schulen für geeignet halten, die Chancengleichheit bzw. das Leistungsniveau zu erhöhen, durchweg zwischen 78% und 81%. Die Größenordnung und Rangreihung der Einschätzung der Geeignetheit der weiteren Maßnahmen entspricht ebenfalls grob ihrer jeweiligen Zustimmung.

Leichte Unterschiede in der Einschätzung bezüglich Chancengleichheit und Leistungsniveau gibt es lediglich beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Lernschwäche in Regelschulen, den 48% geeignet halten, die Chancengleichheit zu erhöhen, aber nur 40%, das Leistungsniveau zu erhöhen. Ein weiterer leichter Unterschied besteht darin, dass 17%

Abb. 6

**Für wie geeignet halten die Deutschen verschiedene Reformvorschläge?**

Deutsche halten viele Reformen für geeignet, Chancengleichheit und Leistungsniveau zu erhöhen, mit Ausnahme von inklusivem Unterricht



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt)<sup>a</sup>:  
**Chancengleichheit** Und für wie geeignet halten Sie die Reformvorschläge, um die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem zu erhöhen?  
 Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt)<sup>a</sup>:  
**Leistungsniveau** Und für wie geeignet halten Sie die Reformvorschläge, um das Leistungsniveau im deutschen Bildungssystem zu erhöhen?  
<sup>a</sup>Siehe Abbildung 5 für den Wortlaut der einzelnen Reformvorschläge.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

die Einführung einer Kindergartenpflicht für ungeeignet bezüglich Chancengleichheit und 24% für ungeeignet bezüglich Leistungsniveau halten. Insgesamt scheinen die Deutschen bei den betrachteten Reformvorschlägen aber keinen Zielkonflikt zwischen Förderung von Chancengleichheit und Leistungsniveau zu sehen. Bemerkenswert ist, dass die Mehrheit der Befragten sieben der acht Politikmaßnahmen für geeignet hält, sowohl die Chancengleichheit als auch das Leistungsniveau zu erhöhen.

**SOLLTEN BENACHTEILIGTE GRUPPEN GEZIELT GEFÖRDERT WERDEN?**

Die bisher diskutierten Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2019 legen nahe, dass in der deutschen Bevölkerung eine hohe Bereitschaft besteht, benachteiligte Personengruppen zu fördern. Allerdings ist unklar, wie weit diese Erkenntnis trägt, wenn die Bevölkerung vor die Wahl zwischen gezielter Förderung

und ungezielten Ausgaben »mit der Gießkanne« gestellt wird. Beispielsweise haben wissenschaftliche Studien gezeigt, dass die Zustimmung zu Politikmaßnahmen drastisch fallen kann, wenn explizit auf die Kosten der Maßnahmen hingewiesen wird (vgl. Lergetporer et al. 2018). Um die impliziten Kosten von gezielter Förderung abzubilden, haben wir erfragt, ob zusätzliche staatliche Bildungsausgaben in verschiedenen Bereichen zur gezielter Förderung benachteiligter Gruppen wie z.B. Personen aus schwierigen sozialen Verhältnissen oder für alle Personen gleichermaßen verwendet werden sollten.

In allen abgefragten Bildungsbereichen – vom Kindergarten bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter – spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten dafür aus, zusätzliche Mittel allen Personen gleichermaßen zukommen zu lassen (vgl. Abb. 7). Der Anteil derjenigen, die die zusätzlichen Mittel für benachteiligte Personen verwenden würden, variiert zwischen 24% im Bereich der Berufsschulen und 34% im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Interessanterweise spricht sich die deutsche Bevölkerung nicht nur für Gleichbehandlung aus, wenn es um die Förderung benachteiligter Gruppen geht, sondern auch, wenn es um Spitzenförderung wie etwa bei Spitzenuniversitäten geht. So sprechen sich 58% dagegen aus, dass der Bund mit den Mitteln der Exzellenzstrategie einige wenige Spitzenuniversitäten fördert, anstatt die Mittel gleichmäßig auf viele Universitäten zu verteilen. Nur 26% sind für eine solche gezielte Förderung.<sup>5</sup>

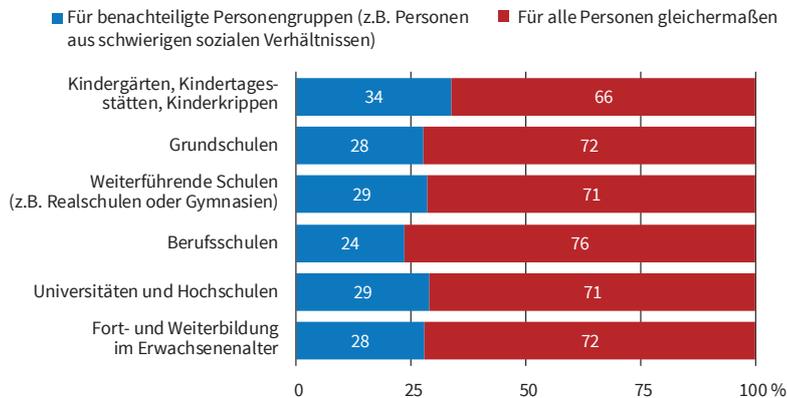
Diese Ergebnisse zeigen demnach, dass sich die Mehrheit der Deutschen für die Förderung benachteiligter Gruppen ausspricht. Vor die Wahl zwischen gezielter Förderung und Maßnahmen mit der Gießkanne gestellt, unterstützt sie jedoch eher die Gleichverteilung zusätzlicher staatlicher Mittel auf alle.

<sup>5</sup> Dieses Ergebnis unterscheidet sich nicht signifikant in einer Teilgruppe, die darüber informiert wurde, dass in einer aktuellen Weltrangliste der Universitäten die beste deutsche Universität den 32. Platz belegt.

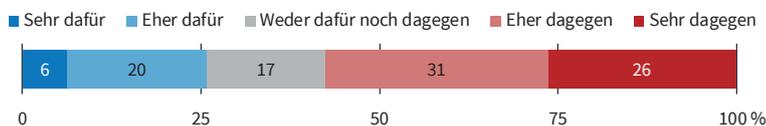
Abb. 7

**Sollten zusätzliche Bildungsausgaben benachteiligten Gruppen zugutekommen?**  
 Wenn sie vor die Wahl gestellt wird, zieht die Bevölkerung gleichmäßige Verteilung auf alle vor

Zusätzliche staatliche Bildungsausgaben



Zusätzliche Mittel für wenige Spitzenuniversitäten statt gleichmäßiger Verteilung



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Zusätzliche staatliche Bildungsausgaben** Stellen Sie sich vor, der Staat plant die Bildungsausgaben in verschiedenen Bereichen zu erhöhen. Bitte geben Sie für jeden Bereich an, für welche Personengruppe die zusätzlichen Mittel Ihrer Meinung nach eher verwendet werden sollten.

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Zusätzliche Mittel für wenige Spitzenuniversitäten statt gleichmäßiger Verteilung** In der Exzellenzstrategie stellt der Bund zusätzliche Mittel für die Forschung der Universitäten zur Verfügung. Manche sagen, diese Mittel sollten einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen. Andere sagen, sie sollten gleichmäßig auf viele Universitäten verteilt werden. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die zusätzlichen Mittel einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Dieser Umstand kann möglicherweise eine effektive Umsetzung von Politikmaßnahmen zur Reduzierung von Ungleichheiten erschweren.

**UNGLEICHHEITEN AUFGRUND EIGENER ANSTRENGUNG VS. ÄUSSERER UMSTÄNDE**

Nicht jede Form von Ungleichheit muss notwendigerweise als ungerecht angesehen werden. Vor diesem Hintergrund hat Roemer (1993; 1998) das Konzept der Chancengleichheit entwickelt. Sein Konzept teilt die Faktoren, die persönlichen Erfolg bestimmen, in zwei Kategorien ein. Zum einen gibt es Faktoren, auf die jeder selbst Einfluss nehmen kann – eigene Anstrengungen. Zum anderen gibt es Faktoren, die außerhalb der eigenen Kontrolle liegen – äußere Umstände wie Geschlecht, Herkunft oder familiärer Hintergrund. Nach diesem Konzept ist ein Bildungssystem dann gerecht, wenn die Aussichten jedes Einzelnen, den gewünsch-

ten Erfolg zu erzielen, von den eigenen Anstrengungen abhängen, nicht aber von den äußeren Umständen.

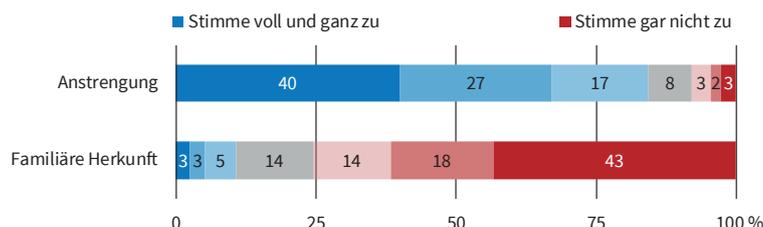
Um eine generelle Einschätzung der Bevölkerung zu diesem Thema zu erhalten, hat das diesjährige ifo Bildungsbarometer gefragt, wann eine Situation als gerecht erachtet werden kann. Dabei zeigt sich, dass eine große Mehrheit von 84% der Deutschen der Aussage zustimmt, dass es gerecht ist, wenn Personen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere (vgl. Abb. 8). Lediglich 8% stimmen dieser Aussage nicht zu. Auf der anderen Seite ist nur eine kleine Minderheit von 11% der Meinung, dass es gerecht ist, wenn Personen Vorteile im Leben haben, weil sie aus angesehenen Familien stammen. 75% stimmen dieser Aussage nicht zu. Insofern scheinen die Gerechtigkeits Einstellungen des Großteils der Deutschen durchaus mit dem Konzept der Chancengleichheit von Roemer konsistent zu sein.

Wir wollten auch wissen, welche Bedeutung eigene Anstrengungen und äußere Umstände nach Ansicht der Deutschen für Erfolg im Leben haben. Deshalb haben wir die TeilnehmerInnen gefragt, was ihrer Meinung nach am ehesten darüber entscheidet, ob man (i) einen hohen Bildungsabschluss bzw. (ii) ein hohes Einkommen erreicht. Eine überwältigende Mehrheit von 85% gibt an, dass eigene Anstrengungen hauptsächlich oder eher über das Erreichen eines hohen Bildungsabschlusses entschei-

Abb. 8

**Was empfinden die Deutschen als gerecht?**

Mehrheit findet Ungleichheit aufgrund unterschiedlicher Anstrengung gerecht, aber Ungleichheit aufgrund familiärer Herkunft ungerecht



Frage:

Im Folgenden möchten wir Ihnen nun ein paar Fragen zu Ihrer Meinung über gesellschaftliche Ungleichheiten stellen. Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

**Anstrengung** Es ist gerecht, wenn Personen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere.

**Familiäre Herkunft** Es ist gerecht, wenn Personen Vorteile im Leben haben, weil sie aus angesehenen Familien stammen.

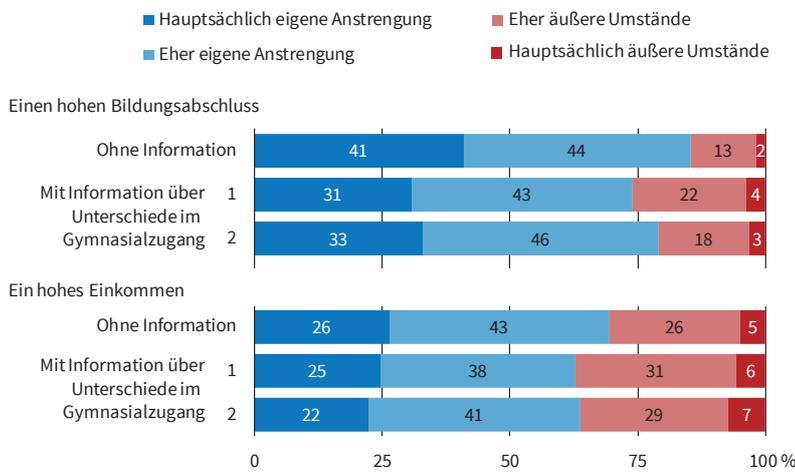
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Abb. 9

**Hängt Erfolg im Leben nach Meinung der Deutschen von eigener Anstrengung oder von äußeren Umständen ab?**

Eigene Anstrengung nach Ansicht der Mehrheit wichtiger als äußere Umstände



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information** Manche sagen, dass Erfolg im Leben vor allem von eigener Anstrengung abhängt. Andere sagen, dass Erfolg im Leben vor allem von äußeren Umständen abhängt, die man selbst nicht beeinflussen kann. Was entscheidet Ihrer Meinung nach darüber, ob man Folgendes im Leben erreicht?

**Mit Information über Unterschiede im Gymnasialzugang 1 [2]** 49 Prozent der SchülerInnen aus der besser gestellten Hälfte aller Familien (in Bezug auf sozialen Hintergrund und familiäre Einkommensverhältnisse) besuchen ein Gymnasium. Unter SchülerInnen aus der schlechter gestellten Hälfte aller Familien sind es 19 Prozent. Daraus ergibt sich ein Unterschied von 30 Prozentpunkten. [Vergleicht man nur SchülerInnen, die gleich gut in Mathematik und Lesen sind, ergibt sich ein Unterschied von 16 Prozentpunkten.]

Manche sagen, dass Erfolg im Leben vor allem von eigener Anstrengung abhängt. Andere sagen, dass Erfolg im Leben vor allem von äußeren Umständen abhängt, die man selbst nicht beeinflussen kann. Was entscheidet Ihrer Meinung nach darüber, ob man Folgendes im Leben erreicht?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

den (vgl. Abb. 9). Die restlichen 15% denken, dass hauptsächlich oder eher äußere Umstände entscheidend sind.<sup>6</sup> Beim Erreichen eines hohen Einkommens sehen 69% eigene Anstrengungen als maßgeblich an und 31% äußere Umstände.

Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten haben wir vor Beantwortung derselben Frage die Information zur Verfügung gestellt, dass 49% der SchülerInnen aus der besser gestellten Hälfte aller Familien (in Bezug auf sozialen Hintergrund und familiäre Einkommensverhältnisse) ein Gymnasium besuchen, während es unter SchülerInnen aus der schlechter gestellten Hälfte aller Familien nur 19% sind (Unterschied von 30 Prozentpunkten). In der so informierten Teilgruppe der Befragten verringert sich der Anteil derer, die der Meinung sind, dass hauptsächlich eigene Anstrengungen über einen hohen Bildungserfolg entscheiden, um 11 Prozentpunkte auf 74%. Ebenso sind mit dieser Information mit 63% auch signifikant weniger Deutsche der Meinung, dass eigene Anstrengung hauptsächlich oder eher über ein hohes Einkommen entscheidet.

<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang sollte man die Antworten allerdings differenziert betrachten. So scheint die genaue Ausgestaltung der Frage für die Einschätzung über die Rolle von eigener Anstrengung vs. äußerer Umstände besonders relevant zu sein. Zum Beispiel zeigt sich an einer anderen Stelle des Fragebogens, dass 74% der Befragten der Aussage zustimmen, dass geringer Bildungserfolg vor allem auf Gründe zurückzuführen ist, auf die Kinder keinen Einfluss haben (z.B. familiärer Hintergrund). Insofern besteht bei der Interpretation dieses Antwortmusters weiterer Forschungsbedarf.

Eine weitere Teilgruppe erhielt zusätzlich zur gerade beschriebenen Information noch die weitere Information, dass der Unterschied in der Gymnasialbesuchsquote zwischen Kindern aus besseren und schlechteren sozialen Verhältnissen 16 Prozentpunkte beträgt, wenn man nur SchülerInnen vergleicht, die gleich gut in Mathematik und Lesen sind. Indem sie Unterschiede aufgrund von beobachteten Schülerleistungen herausrechnet, ermöglicht diese Information eine genauere Einschätzung der Bedeutung äußerer Umstände. In dieser dritten Teilgruppe der Befragten sind 79% (64%) der Meinung, dass eigene Anstrengungen über einen hohen Bildungsabschluss (ein hohes Einkommen) entscheiden. Somit liegen die Einschätzungen für den Einfluss auf Bildung und Einkommen beide Male zwischen den Einschätzungen der uninformierten Teilgruppe und der Teilgruppe, die lediglich über den absoluten Unterschied informiert wurde.

Schließlich wollten wir auch wissen, ob die bereitgestellten Informationen nicht nur die zum Ausdruck gebrachten Meinungen der Befragten verändern, sondern auch ihre Bereitschaft, aus eigenen Mitteln Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten zu unterstützen. Dazu haben wir allen TeilnehmerInnen zunächst einen festen Betrag von 80 Befragungspunkten zur Verfügung gestellt – die übliche Bezahlmethode in Online-Befragungen, die nach Erhalt gesammelt und für Gutscheine oder Wertgegenstände eingetauscht werden können. Daraufhin konnten die Befragten entscheiden, ob sie den gesamten Betrag behalten oder einen Teil an zwei Stiftungen spenden möchten, die sich unter anderem für bessere Chancen für Kinder aus schlechter gestellten Familien in Deutschland einsetzen.<sup>7</sup> Die Spendenbereitschaft ist ein alternatives Maß für die Unterstützung von ungleichheitsverringenden Maßnahmen, die für die Befragten reale monetäre Konsequenzen hat.

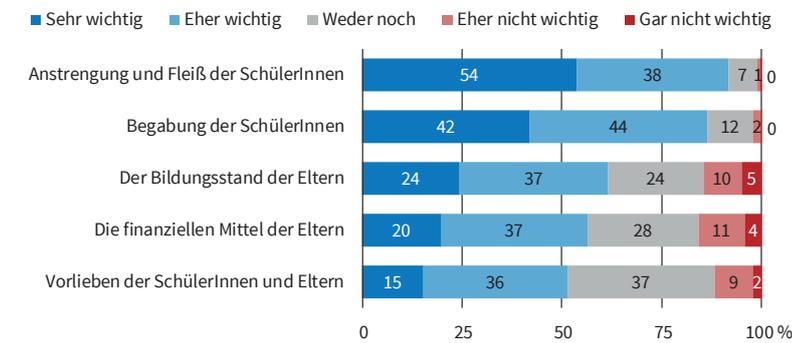
Unsere Ergebnisse zeigen, dass diejenigen Befragten, die keine Information erhalten haben, im Durchschnitt 31 Befragungspunkte spenden. Die Spendenbereitschaft erhöht sich bei denjenigen TeilnehmerInnen

<sup>7</sup> Bei Spendenwunsch konnten die Teilnehmer einen von ihnen selbst festgelegten Betrag an (i) das Deutsche Kinderhilfswerk e.V., (ii) die Chancenstiftung oder (iii) beide Stiftungen zu gleichen Teilen vergeben.

Abb. 10

**Was bestimmt nach Meinung der Deutschen den Gymnasialbesuch?**

Große Mehrheiten halten Anstrengung und Begabung der SchülerInnen für wichtig, aber auch familiären Hintergrund und Vorlieben



Frage: Was denken Sie, wie wichtig sind folgende Aspekte dafür, dass SchülerInnen nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

nen, die Informationen über den Zusammenhang zwischen den Gymnasialbesuchsquoten und dem familiären Hintergrund der Kinder erhalten haben, signifikant um 5 Befragungspunkte (gleichermaßen in beiden informierten Teilgruppen). Damit bestätigt sich, dass die Bereitschaft der TeilnehmerInnen zur Unterstützung von Kindern aus schlechter gestellten Familien steigt, wenn sie Informationen zu Bildungsungleichheiten erhalten.

Natürlich kann eine Reihe von Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium eine Rolle spielen. Wie sich zeigt, denkt die überwältigende Mehrheit der Deutschen, dass Anstrengung und Fleiß (92%) sowie die Begabung der SchülerInnen (86%) für den Gymnasialbesuch wichtig sind (vgl. Abb. 10). 62% bzw. 56% geben an, dass der Bildungsstand der Eltern bzw. deren finanzielle Mittel wichtig sind. Ein vergleichsweise geringerer Anteil von 51% denkt, dass die Vorlieben der Eltern und SchülerInnen eine wichtige Rolle spielen.

**WEITERE AKTUELLE BILDUNGSTHEMEN**

Schließlich beschäftigt sich das ifo Bildungsbarometer 2019 mit zwei Themenblöcken, die oft im Zusammenhang mit Chancengerechtigkeit im Bildungssystem diskutiert werden: frühkindliche Bildung und Studiengebühren.

**»Gute-Kita-Gesetz« und Vergabe von Kitaplätzen**

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass frühkindliche Förderung Bildungsungleichheiten verringern kann, da vor allem Kinder aus benachteiligten Verhältnissen davon profitieren (vgl. etwa Cunha et al. 2006; Cornelissen et al. 2018; Felfe und Lalive 2018). Das sogenannte »Gute-Kita-Gesetz« ist zum 1. Januar 2019 mit dem Ziel in Kraft getreten, die Qualität der Kindertagesbetreuung (z.B. Kindergärten oder Kin-

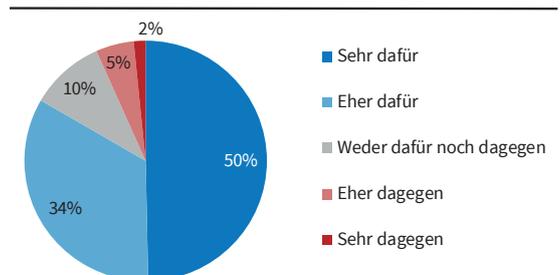
derkrippen) zu verbessern. Das Gesetz sieht vor, dass der Bund bis 2022 insgesamt 5,5 Mrd. Euro in die Qualitätsverbesserung von Kindertageseinrichtungen investiert. Die Mehrheit der Deutschen steht diesem Gesetz sehr positiv gegenüber: 83% der Befragten sprechen sich für das Gesetz aus, 50% sind sogar »sehr dafür« (vgl. Abb. 11). Die hohe Zustimmung ist besonders bemerkenswert, weil der Fragentext explizit darauf hinweist, dass die Ausgaben durch Steuergelder finanziert werden.

Während der Bund mit dem »Gute-Kita-Gesetz« die Qualität und Teilhabe in der Kinderbetreuung erhöhen möchte, entscheiden die einzelnen Bundesländer selbst, für welche konkreten Maßnahmen das Geld verwendet werden soll. Um eine Einschätzung darüber zu gewinnen, welche Verwendungsarten die Deutschen befürworten, hat das ifo Bildungsbarometer die Befragten gebeten, in einer Liste von sechs Maßnahmen ihre Favoriten anzukreuzen (Mehrfachnennungen möglich). Die beliebteste Verwendungsart ist die Verringerung der Kita-Gebühren für die Eltern: 56% der Deutschen sprechen sich für diese Maßnahme aus (vgl. Abb. 12). Ähnlich beliebt sind die Erhöhung der Gehälter der ErzieherInnen sowie die Verkleinerung der Gruppen durch zusätzliches Personal, die jeweils von 52% der Befragten unterstützt werden. Deutlich geringere Zustimmung erhalten die Vorschläge, die Bundesmittel in Verbesserungen der ErzieherInnenausbildung (34%), Erweiterungen der Kita-Öffnungszeiten (32%) oder Verbesserungen des Ernährungsangebotes (32%) zu investieren.

Abb. 11

**Sprechen sich die Deutschen für das »Gute-Kita-Gesetz« aus?**

Überragende Mehrheit für zusätzliche Mittel zur Qualitätsverbesserung der Kindertagesbetreuung – trotz Steuerfinanzierung



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage: Mit dem »Gute-Kita-Gesetz« werden in den kommenden vier Jahren bundesweit insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die Qualitätsverbesserung der Kindertagesbetreuung (wie Kindergärten oder Kinderkrippen) investiert. Sind Sie für oder gegen dieses Gesetz? Denken Sie daran, dass diese Ausgaben durch Steuergelder finanziert werden.

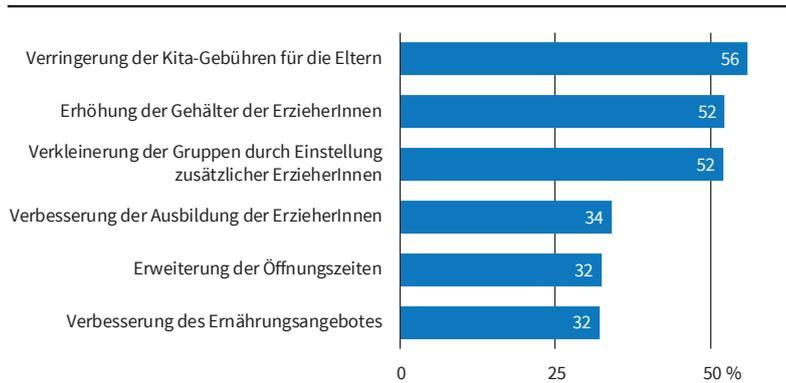
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Abb. 12

**Wofür sollten die Mittel des »Gute-Kita-Gesetzes« verwendet werden?**

Mehrheiten für geringere Gebühren, höhere Gehälter für ErzieherInnen und kleinere Gruppen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Mit dem »Gute-Kita-Gesetz« werden in den kommenden vier Jahren bundesweit insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die Qualitätsverbesserung der Kindertagesbetreuung (wie Kindergärten oder Kinderkrippen) investiert. Dabei können die Bundesländer selbstständig entscheiden, wie das Geld verwendet werden soll. In welche der folgenden Bereiche sollte Ihrer Meinung nach am ehesten investiert werden? Wählen Sie mindestens eine Möglichkeit.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Obwohl Eltern in Deutschland für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben, übersteigt die Nachfrage nach Kita-Plätzen vielerorts das Angebot. Bei der Frage, welche Familien in solchen Fällen bei der Platzvergabe bevorzugt behandelt werden sollten, spricht sich eine deutliche Mehrheit von 78% für eine Bevorzugung von Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil aus, nur 8% sind dagegen (vgl. Abb. 13). Ebenfalls positiv sehen die Deutschen die Bevorzugung von Familien, in denen die Eltern in

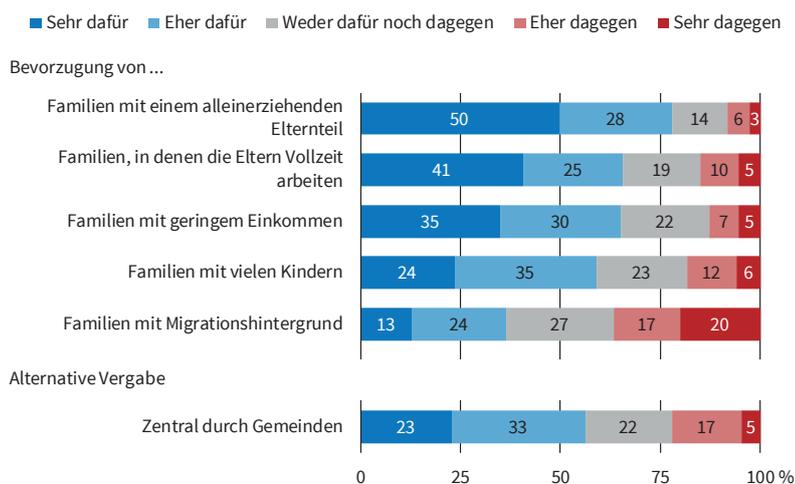
tergrund in der deutschen Bevölkerung keine Mehrheit (36% dafür, 37% dagegen).

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wer darüber entscheiden soll, welches Kind einen Platz in einer frühkindlichen Einrichtung erhält, wenn die Anzahl der Plätze knapp ist. Die derzeit vielerorts übliche Praxis, diese Entscheidung den Kindergärten und Kinderkrippen selbst zu überlassen, wird von der Mehrheit der Deutschen kritisch gesehen: 56% sprechen sich dafür aus, dass die Plätze stattdessen zentral von den Gemeinden vergeben werden, nur 22% sind gegen diesen Vorschlag.

Abb. 13

**Nach welchen Kriterien sollten Kita-Plätze vergeben werden?**

Bevorzugung bestimmter Familien und zentrale Vergabe durch Gemeinden wird befürwortet



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Bevorzugung von ...** Bei einigen frühkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten oder Kinderkrippen) bewerben sich mehr Familien, als Plätze zur Verfügung stehen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass in solchen Fällen folgende Familien bei der Platzvergabe bevorzugt behandelt werden?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Alternative Vergabe – zentral durch Gemeinden** Bei einigen frühkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten oder Kinderkrippen) bewerben sich mehr Eltern mit ihren Kindern, als Plätze zur Verfügung stehen. In Deutschland entscheiden üblicherweise die Einrichtungen selbst darüber, welches Kind einen Platz bekommt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Plätze stattdessen zentral von der Gemeinde vergeben werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Vollzeit arbeiten (66% dafür, 15% dagegen), und Familien mit vielen Kindern (59% dafür, 18% dagegen). In Deutschland ist die Betreuungsquote von Kleinkindern aus sozial schwächeren Verhältnissen deutlich geringer als jene von Kindern aus sozial besseren Verhältnissen (vgl. Müller et al. 2013). Im Hinblick auf Chancengerechtigkeit ist es daher besonders interessant, dass sich auch eine deutliche Mehrheit von 65% für eine bevorzugte Platzvergabe an Familien mit geringem Einkommen ausspricht, nur 13% sind dagegen. Im Gegensatz dazu findet die Bevorzugung von Familien mit Migrationshintergrund in der deutschen Bevölkerung keine Mehrheit (36% dafür, 37% dagegen).

**Studiengebühren**

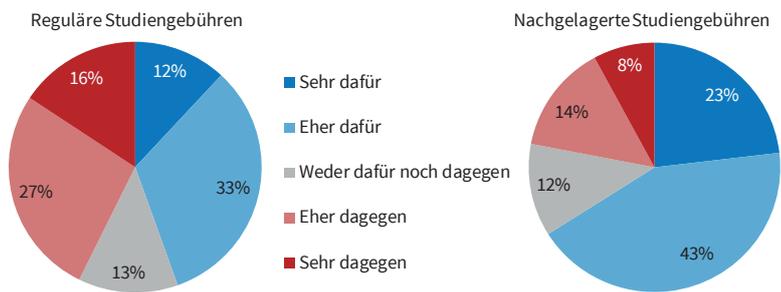
Ein weiteres bildungspolitisches Thema, das häufig im Zusammenhang mit Chancengerechtigkeit diskutiert wird, sind Studiengebühren. Obwohl die mittlerweile abgeschafften Studiengebühren in Deutschland keine wesentlichen Effekte auf die Studienbeteiligung gezeigt haben (vgl. Bruckmeier und Wigger 2014), ist die öffentliche Meinung dazu gespalten: 45% der Befragten sprechen sich für Studiengebühren aus, 43% sind dagegen, die restlichen 13% sind weder dafür noch dagegen (vgl. Abb. 14).

Wie auch schon in den zurückliegenden Befragungen des ifo Bildungsbarometers findet sich jedoch eine

Abb. 14

**Befürworten die Deutschen Studiengebühren?**

Klare Mehrheit für Studiengebühren, die nach Berufseinstieg fällig werden



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Reguläre Studiengebühren** Nun kommen wir zum Studium. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

**Nachgelagerte Studiengebühren** Nun kommen wir zum Studium. In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

deutliche Mehrheit für nachgelagerte Studiengebühren, die erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden müssen und nur dann, wenn das Einkommen der AbsolventInnen einen gewissen Schwellenwert übersteigt. Rund zwei Drittel der Deutschen (66%) sprechen sich für diese nachgelagerte Form von Studiengebühren aus, 22% dagegen. Danach gefragt, wie hoch die regulären (nachgelagerten) Studiengebühren höchstens sein sollten, geben die Deutschen im Median 350 (500) Euro pro Semester an.

Um die Gründe für die größere Beliebtheit nachgelagerter Studiengebühren im Vergleich zu regulären Studiengebühren zu untersuchen, hat das ifo Bildungsbarometer 2019 die Einschätzung der Deutschen zu verschiedenen Aspekten beider Modelle erfragt. In mehreren Aspekten finden sich kaum Unterschiede in der Bewertung von regulären und nachgelagerten Studiengebühren (vgl. Abb. 15). So sind deutliche Mehrheiten der Befragten sowohl bei regulären als auch bei nachgelagerten Studiengebühren der Meinung, dass zukünftige Besserverdienende durch die Gebühren zu den Kosten des Studiums beitragen (70% bzw. 75%), dass die Gebühren den Staat finanziell entlasten (66% bzw. 65%) und dass sie Qualitätsverbesserungen von Universitäten ermöglichen (61% bzw. 69%). Auch der Verwaltungsaufwand von beiden Gebührenarten wird ähnlich eingeschätzt: 27% bzw. 28% denken, dass die Gebühren schwer zu verwalten sind, 47% bzw. 45% denken, dass dies nicht der Fall ist.

Deutliche Unterschiede finden sich hingegen bei den erwarteten Effekten der Gebühren auf die Studierenden selbst. Der mit Abstand größte Unterschied von 31 Prozentpunkten zeigt sich bei der Frage, ob sich auch Personen aus ärmeren Familien trotz Gebühren ein Studium leisten können: Während nur 33% der Deutschen denken, dass dies bei regulären Studiengebühren der Fall ist, sind es bei

nachgelagerten Studiengebühren 64%. Konsequenterweise glauben auch 53%, dass reguläre Studiengebühren Personen vom Studium abhalten, und 51% glauben, dass sie die Studienfach- und Berufswahl einschränken. Bei nachgelagerten Studiengebühren fallen diese Befürchtungen mit 38% und 35% deutlich geringer aus. Auch das Risiko, dass sich die Studierenden verschulden, wird bei regulären Gebühren deutlich höher eingeschätzt als bei nachgelagerten Studiengebühren (60% vs. 46%). Schließlich halten 42% reguläre Studiengebühren für ungerecht, aber nur 24% nachgelagerte Gebühren. Insgesamt

deuten die Ergebnisse darauf hin, dass vor allem Gerechtigkeitsaspekte eine zentrale Rolle dafür spielen, dass nachgelagerte Studiengebühren deutlich positiver gesehen werden als reguläre.

**ZUSAMMENFASSUNG**

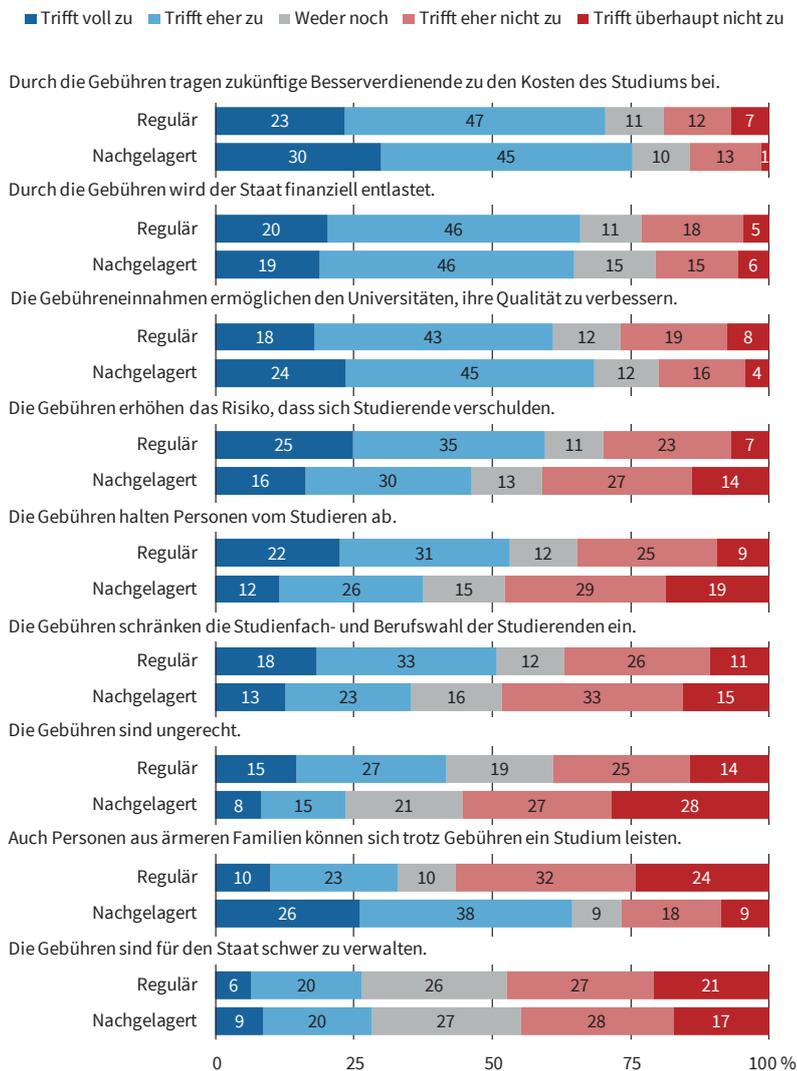
Das ifo Bildungsbarometer 2019 liefert ein differenziertes Bild über die Meinung der Deutschen zu Themen der Ungleichheit im Bildungssystem. Die große Mehrheit der Deutschen schätzt, dass in der Grundschule nur wenige Unterschiede in den Mathematikleistungen zwischen Jungen und Mädchen oder zwischen Stadt und Land existieren. Jedoch vermutet eine Mehrheit der Bevölkerung, dass Kinder aus besseren sozialen Verhältnissen und Kinder ohne Migrationshintergrund besser abschneiden. Die von den Deutschen wahrgenommenen Bildungsungleichheiten entsprechen somit weitgehend den tatsächlichen Bildungsungleichheiten. Ein großer Teil der Deutschen ist zudem der Meinung, dass Leistungsunterschiede zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen bzw. mit und ohne Migrationshintergrund ein ernsthaftes Problem darstellen. Bei Unterschieden zwischen den Geschlechtern oder Unterschieden zwischen Stadt und Land ist dies jeweils nur eine Minderheit.

Insgesamt finden sich große Zustimmungsraten zu bildungspolitischen Maßnahmen, die auf die Verringerung von Ungleichheiten abzielen. Deutliche Mehrheiten befürworten die staatliche Übernahme von Kindergartengebühren, die Einführung einer Kindergartenpflicht, eine Aufteilung auf die weiterführenden Schulen erst nach der 6. Klasse, höhere staatliche Ausgaben für Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen, höhere Gehälter für LehrerInnen, die viele Kinder aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten, die Einführung eines

Abb. 15

**Wie denken die Deutschen über reguläre bzw. nachgelagerte Studiengebühren?**

Der größte Unterschied ist, dass sich bei nachgelagerten – aber nicht regulären – Studiengebühren auch Personen aus ärmeren Familien ein Studium leisten können



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Regulär** Was denken Sie, inwieweit treffen folgende Aussagen zu Studiengebühren zu? Denken Sie dabei an reguläre Studiengebühren, die zu Beginn jedes Semesters (Halbjahrs) erhoben werden.

**Nachgelagert** Was denken Sie, inwieweit treffen folgende Aussagen zu Studiengebühren zu? Denken Sie dabei an nachgelagerte Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden und nur, wenn das Jahreseinkommen der ehemaligen Studierenden über einem gewissen Schwellenwert liegt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2019.

© ifo Institut

Ganztagsschulsystems sowie den Ausbau von Stipendienprogrammen für einkommensschwache Studierende. Lediglich beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Lernschwäche in Regelschulen ist die öffentliche Meinung gespalten. Insgesamt zeigt sich also eine große Bereitschaft in der deutschen Bevölkerung, schwächere Gruppen zu fördern. Allerdings sprechen sich die meisten Befragten dafür aus, zusätzliche Mittel auf alle Gruppen gleichermaßen zu verteilen, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, ob die Mittel für benachteiligte Gruppen oder für alle Gruppen gleichermaßen investiert werden sollten. Dieser Aspekt dürfte eine gelungene Umsetzung von Politikmaßnahmen zur Reduzierung von Ungleichheiten erschweren.

Ein Großteil der Deutschen sieht Ungleichheiten aufgrund eigener Anstrengung als gerecht an, nicht aber Ungleichheiten aufgrund äußerer Umstände wie der familiären Herkunft. Gleichzeitig ist der Großteil aber auch der Meinung, dass ein hoher Bildungsabschluss eher von eigenen Anstrengungen als von äußeren Umständen abhängt.

Das »Gute-Kita-Gesetz« zur Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung wird vom Großteil der Deutschen befürwortet. Mehrheiten sprechen sich für eine Verwendung der Bundesmittel für niedrigere Kita-Gebühren, höhere Gehälter der ErzieherInnen und kleinere Gruppengrößen aus. Bei einer Knappheit an Kita-Plätzen sollten diese nach Meinung der Mehrheit der Deutschen bevorzugt an Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil, mit Vollzeit arbeitenden Eltern, mit geringem Einkommen und mit vielen Kindern vergeben werden. Mehrheitlich sprechen sich die Deutschen auch für eine zentrale Vergabe der Kitaplätze durch die Gemeinden anstatt durch die Einrichtungen selbst aus.

Während die Meinung der Deutschen zu regulären Studiengebühren gespalten ist, findet sich eine Zweidrittelmehrheit für nachgelagerte Studiengebühren, die erst nach dem Studium und ab einem gewissen Einkommen bezahlt werden müssen. Die positivere Bewertung der nachgelagerten Studiengebühren scheint vor allem damit zusammenzuhängen, dass sich nach Meinung der meisten Deutschen bei der nachgelagerten Form – im Gegensatz zur regulären Form – auch Personen aus ärmeren Familien ein Studium leisten können.

**LITERATUR**

Aktionsrat Bildung (2007), *Bildungsgerechtigkeit: Jahresgutachten 2007*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Aktionsrat Bildung (2017), *Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik*, Waxmann, Münster.

- Aktionsrat Bildung (2019), *Region und Bildung. Mythos Stadt – Land*, Waxmann, Münster.
- Berkemeyer, N., W. Bos, B. Hermstein, S. Abendroth und I. Semper (Hrsg.) (2017), *Chancenspiegel – eine Zwischenbilanz. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme seit 2002*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bruckmeier, K. und B.U. Wigger (2014), »The Effects of Tuition Fees on Transition from High School to University in Germany«, *Economics of Education Review* 41, 14–23.
- Cornelissen, T., C. Dustmann, A. Raute und U. Schönberg (2018), »Who Benefits from Universal Child Care? Estimating Marginal Returns to Early Child Care Attendance«, *Journal of Political Economy* 126(6), 2356–2409.
- Cunha, F., J. J. Heckman, L. Lochner und D. V. Masterov (2006), »Interpreting the Evidence on Life Cycle Skill Formation«, in: E. A. Hanushek und F. Welch (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 1, North Holland, Amsterdam, 697–812.
- Felfe, C. und R. Lalive (2018), »Does Early Child Care Affect Children's Development?«, *Journal of Public Economics* 159, 33–53.
- Fratzsch, M. (2016), *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*, Hanser, München.
- Fuest, C. (2016), »Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Februar, 16.
- Grewenig, E., P. Lergetporer, L. Simon, K. Werner und L. Wößmann (2018), »Can Online Surveys Represent the Entire Population?«, CESifo Working Paper 7222. CESifo, München.
- Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2008), »The Role of Cognitive Skills in Economic Development«, *Journal of Economic Literature* 46(3), 607–668.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2018), *Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten*, verfügbar unter: [http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo\\_2018.pdf](http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo_2018.pdf).
- Kracke, N., D. Buck und E. Middendorf (2018), *Beteiligung an Hochschulbildung: Chancen(un)gleichheit in Deutschland*, DZHW Brief 3/2018, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Hannover.
- Lergetporer P., G. Schwerdt, K. Werner, M.R. West und L. Wößmann (2018), »How Information Affects Support for Education Spending: Evidence from Survey Experiments in Germany and the United States«, *Journal of Public Economics* 167, 138–157.
- Lergetporer, P., K. Werner und L. Wößmann (2018), »Educational Inequality and Public Policy Preferences: Evidence from Representative Survey Experiments«, CESifo Working Paper 7192. CESifo, München.
- Müller, K.U., K. Spieß, C. Tsiasioti, K. Wrohlich, E. Bügelmayer, L. Haywood, F. Peter, M. Ringmann und S. Witzke (2013), *Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern*, Politikberatung kompakt 73, DIW, Berlin.
- OECD (2018), *Equity in Education: Breaking down Barriers to Social Mobility. Country Notes Germany*, OECD Publishing, Paris.
- Roemer, J. E. (1993), »A Pragmatic Theory of Responsibility for the Egalitarian Planner«, *Philosophy and Public Affairs* 22(2), 146–166.
- Roemer, J. E. (1998), *Equality of Opportunity*, Harvard University Press, Cambridge.
- Wendt, H. et al. (Hrsg.) (2016), *TIMSS 2015: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich*, Waxmann, Münster.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019), *Bildungsgerechtigkeit als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft*, BMWi, Berlin, verfügbar unter: [https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/Wissenschaftlicher-Beirat/brief-wissenschaftlicher-beirat-bildungsgerechtigkeit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/Wissenschaftlicher-Beirat/brief-wissenschaftlicher-beirat-bildungsgerechtigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=10).
- Wößmann, L., F. Kugler und M. Piopiunik (2017), *Bildung hat Zukunft*, Union Investment, Frankfurt am Main.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, S. Kersten und K. Werner (2018a), »Was denken die Deutschen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung in der Bildung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2018«, *ifo Schnelldienst* 71(17), 15–30.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, S. Kersten und K. Werner (2018b), »Denken Jugendliche anders über Bildungspolitik als Erwachsene?«, *ifo Schnelldienst* 71(17), 31–45.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, F. Kugler und K. Werner (2017), »Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017«, *ifo Schnelldienst* 70(17), 17–38.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016a), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.
- Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016b), »Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 35–43.